

Kriegsgefahren im Nahen und Mittleren Osten

unsere Handlungsmöglichkeiten für Frieden

Freitag, 21. Januar

- 19.30 Uhr **Aktuelle Kriegsgefahren
im Nahen und Mittleren Osten**
Vortrag von Dr. Christiane Fröhlich (FEST Heidelberg)
- 20.15 Uhr **Unsere Verantwortung im Nahen Osten**
Podium mit Bernhard Krane (Aktion Sühnezeichen Friedensdienste)
Raif Hussein (Deutsch-Palästinensische Gesellschaft)
Wiltrud Rösch-Metzler (pax christi)
Prof. Dr. Rolf Verleger (Jüdischen Stimme
für Gerechten Frieden)
Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein (IPPNW)
- Moderation Reiner Braun (IALANA)

Samstag, 22. Januar

- 9.00 Uhr: Begrüßung, Organisatorisches
Eine Region zwischen Krieg und Frieden
Podium mit
Adam Keller (Gush Shalom), Friedensaktivist und Pub-
lizist der Zeitschrift „The other Israel“, Holon/Tel Aviv
Dawood Hamoudeh (The Grassroots Palestinian
Anti-Apartheid Wall Campaign) Ramallah/Westbank
Clemens Ronnefeldt (Versöhnungsbund)
- Moderation Kathrin Vogler (MdB)
- 11.00 Uhr *Kaffeepause*
- 11.30–13.00 Uhr und 14.15–15.30 Uhr
**Workshops, Analysen – Diskussion –
Strategien / Handlungsoptionen**
1. Workshop **Inneregesellschaftliche Entwicklung in Israel**
Rechtsrutsch, Jüdischer Staat und Rechte
der Palästinenser in Israel, Demokratie in Gefahr,
Repression gegenüber der Friedensbewegung, aktuelle
Ziele der Friedensbewegung. Was kann die Friedens-
bewegung in Deutschland beitragen?
Strategie: Unterstützung von
Kriegsdienstverweigerern, Kaufverzicht
Input: Rudi Friedrich (Connection e.V.),
Adam Keller (Gush Shalom, Friedensaktivist
und Publizist der Zeitschrift „The other Israel“),
Holon/Tel Aviv
Moderation: Renate Wanie
(Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden)

2. Workshop **Inneregesellschaftliche Entwicklung in Palästina**

Zustand der Autonomiebehörde, Umgang
mit der Spaltung PLO/Hamas, Aktivitäten der
Besatzungsmacht, Widerstand
Strategie: Unterstützung von gewaltfreiem
Widerstand, Investitionsstopp, z.B. in Unternehmen,
die von völkerrechtswidrigen Siedlungen und
Mauer profitieren (Bsp. Deutsche Bank und Elbit),
Aktionen gegen Gaza-Blockade
Input: Dawood Hamoudeh (The Grassroots
Palestinian), Manfred Lotze (IPPNW), Martin
Forberg (Internationale Liga f. Menschenrechte)
Moderation: Judith Conrads
(Bund für Soziale Verteidigung)

3. Workshop **Die Rolle Deutschlands und der EU im Nahostkonflikt**

Forderungen des Nahostquartetts, Rüstungsexporte,
Vorstellungen von einer Friedenslösung
Strategie: Konzept(e) für eine KSZEMNO,
Rüstungsexporte stoppen, Forderung nach einer
anderen Nahostpolitik, EU-Assoziationsabkommen
Input: Jürgen Grässlin (DFG-VK), Prof. Dr. Mohssen
Massarrat, Christina Pfestroff (pax christi)
Moderation: Wiltrud Rösch-Metzler (pax christi)

4. Workshop **Atomkriegsgefahr im Nahen und Mittleren Osten**

Atomwaffen in Israel, Iran, UN-Konferenz in 2012
»Atomwaffenfreier Naher Osten«
Strategie: Atomwaffenfreie Zone, NPT-Prozess,
Unterstützung für whistle-blower wie
Mordechai Vanunu, NGO-Gipfel
Input: Reiner Braun, Clemens Ronnefeldt
Moderation: Beate Gilles (pax christi)

13.00 Uhr Mittagspause

14.15 Uhr **Fortsetzung Workshops**

15.30 Uhr Kaffeepause

16.00 Uhr **Präsentation der Workshops**

17.10 Uhr **Resümee**
Prof. Dr. Andreas Buro
(Komitee für Grundrechte und Demokratie)

17.30 Uhr **Verabschiedung**

Orientierungsplan Pavillon

Raum 5:

Sa:
11.30-13.00 und 14.15-15.30 Uhr,
3. Workshop:
"Die Rolle Deutschlands und der EU
im Nahostkonflikt"

Raum 6:

Sa:
11.30-13.00 und 14.15-15.30 Uhr,
4. Workshop:
"Atomkriegsgefahr im Nahen und
Mittleren Osten"

Kleiner Saal

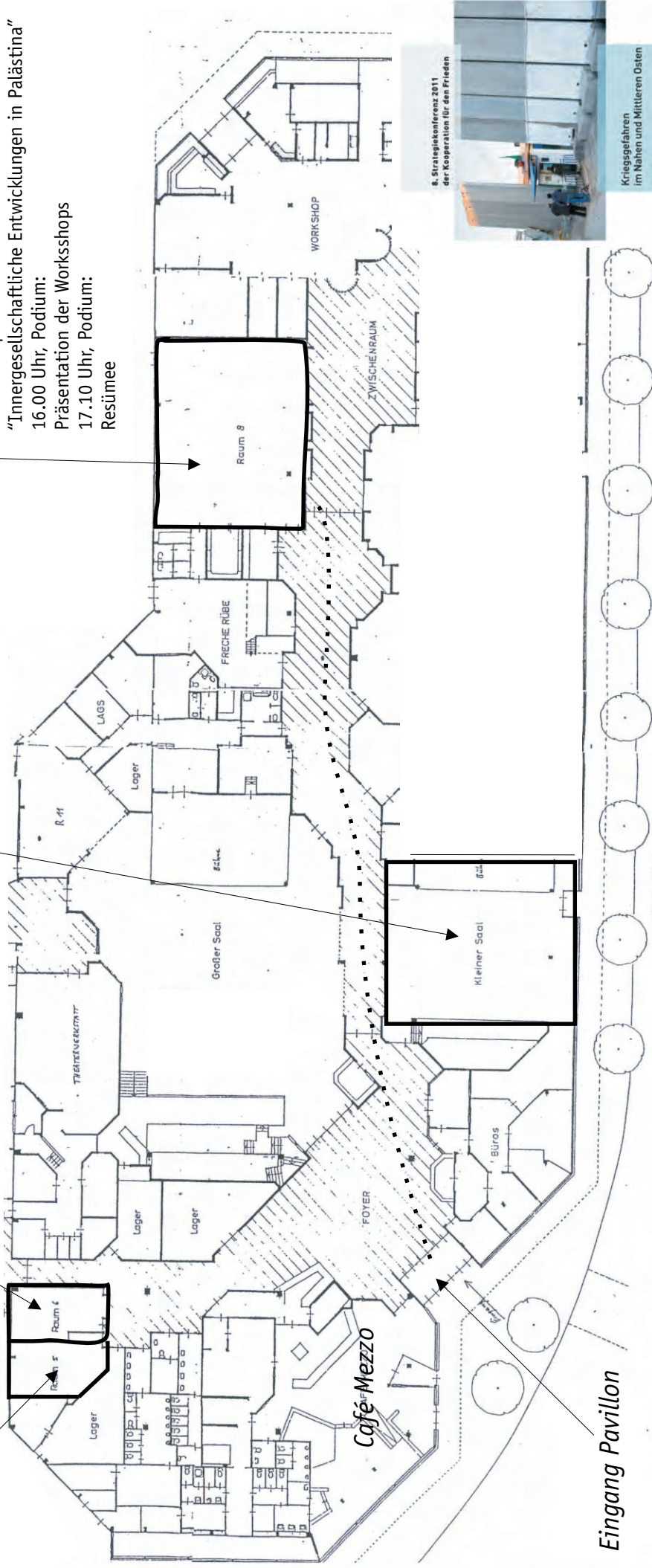
Sa:
11.30-13.00 und 14.15-15.30 Uhr,
1. Workshop:
"Innengesellschaftliche Entwicklung Israel"

Raum 8:

Fr:
19.30 Uhr, Vortrag:
Aktuelle Kriegsgefahr im Nahen und Mittleren Osten
20.15 Uhr, Podium:
Unsere Verantwortung im Nahen Osten

Sa:

9.00 Uhr, Podium:
Eine Region zwischen Krieg und Frieden
11.30-13.00 und 14.15-15.30 Uhr,
2. Workshop:
"Innengesellschaftliche Entwicklungen in Palästina"
16.00 Uhr, Podium:
Präsentation der Workshops
17.10 Uhr, Podium:
Resümee



8. Strategiekonferenz 2011
der Kooperation für den Frieden



Kriegsgefahren
im Nahen und Mittleren Osten
unsere
Handlungsmöglichkeiten
für Frieden
Hannover
21. und 22. Januar 2011

Eingang Pavillon

Straße "Lister Meile"

HBE Hannover



Bedroht durch iranische Atomwaffen? Tel Aviv im Sommer 2006.

Thesen zur Bedrohungslage

Israel und Iran

Andreas Buro

In der Publizistik wird in der Regel die Bedrohung Israels durch iranische Atomwaffen, falls Teheran solche zur Verfügung haben sollte, als sehr groß dargestellt. Ist das realistisch? Der Autor fasst hierzu verschiedene Thesen zusammen.

1. Zunächst muss man zur Kenntnis nehmen, dass der Iran umstellt ist von US-amerikanischen Stützpunkten und Marineeinheiten, von denen auf den Iran nukleare wie auch konventionelle Angriffswaffen der USA abgeschossen werden können. Diese kann der Iran kaum abwehren. Ferner ist der Iran ständig bedroht von israelischen konventionellen und nuklearen Waffen. Beide Staaten haben sich bislang geweigert, dem Iran gegenüber ein Nicht-Angriffs-Versprechen abzugeben. Vielmehr haben sie sich öffentlich immer wieder zu der Option eines militärischen Angriffs auf den Iran geäußert.

2. Sollte der Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangen und die entsprechenden Trägersysteme dazu herstellen können, könnte er sie gegen Israel nicht einsetzen, ohne eine vollständige Zerstörung Irans in Kauf zu nehmen. Es gilt nach wie vor der Grundsatz aus der Zeit des Abschreckungssystems des West-Ost-Konflikts: „Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter“. Der Fachausdruck hierfür lautete: „Mutual assured destruction“ abgekürzt „Mad“. Das heißt: Der Iran könnte Atomwaffen nur um den Preis der Selbstvernichtung einsetzen. Warum sollte er das tun? Diese Selbstvernichtung würde umso sicherer, wenn Israel die von Deutschland

gelieferten U-Boote nuklear aufrüstet, woran nicht zu zweifeln ist. Damit schüfe sich Israel eine Zweitschlagfähigkeit für den Fall eines vernichtenden Angriffs von außen. Hätte Iran tatsächlich Atomwaffen und die entsprechenden Trägersysteme zur Verfügung – die Versicherung Teherans, es strebe keine Atomwaffen an, ist ebenso wenig Wert, wie die entsprechende frühere Versicherung des israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion, Israel strebe nicht nach Atomwaffen – wäre sicherlich sein nächster Schritt, sich ebenfalls eine Zweitschlagfähigkeit zu verschaffen, um seine Abschreckung eines feindlichen Angriffs glaubwürdiger zu machen.

3. Der militärischen Bedrohung durch Israel setzt der Iran, der Israel mit seinen Waffensystemen nicht direkt abschrecken kann, seine militärisch-politische Zusammenarbeit mit der Hisbollah im Libanon, der Hamas im Gaza-Streifen und mit Syrien entgegen. Alle drei Partner sind Gegner Israels wegen dessen aggressiver Okkupationspolitik und seiner Verweigerung einer friedlichen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts in den Grenzen von 1967. Die vergangenen Kriege im Libanon und im Gaza-Streifen, sowie Israels Angriff auf eine nukleare Anlage in Syrien können in diesem gegenseitigen Bedro-

hungszusammenhang als Stellvertreterkriege gewertet werden. Der für Israel bedrohliche Aspekt entstünde, wenn der Iran die Hisbollah mit Raketen versorgen würde, die Israels Kernland gefährdeten, auch wenn diese nur konventionell bestückt wären. Trotz aller Aufrüstungsschritte des Iran ist es vollkommen ausgeschlossen, dass er gegenüber Israel und den USA eine Position der Eskalationsdominanz erreichen könnte, also seiner Bedrohung von außen eine noch größere Bedrohung seiner Gegner entgegensetzen könnte.

4. Israel bemüht sich ständig um die Rückendeckung durch die USA. Gleichzeitig betont es seine potentielle Bedrohung durch den Iran, um vorbeugend eine Legitimation für einen militärischen Angriff auf Iran aufzubauen. Clemens Ronnefeldt hat im Friedensforum 5/2010 vier destabilisierende Faktoren für die Auslösung einer militärischen Auseinandersetzung beschrieben, so dass ich hier nicht näher auf die Möglichkeit des Ausbrechens eines militärischen Konflikts einzugehen brauche. Betonen möchte ich, dass Israel durchaus durch Täuschungsaktionen oder die Nutzung von kritischen Zwischenfällen die Fähigkeit hat, die USA in einen militärischen Angriff auf Iran – möglicherweise gegen den Willen Washingtons – zu verwickeln. Obama hat immerhin Israel eine Abschreckungsgarantie gegen den Iran gegeben.

5. Höchst aktuell scheint sich die Auseinandersetzung auf ein wichtiges neues Kampffeld, den Cyberwar, auszuweiten. Die Medien berichteten im Oktober 2010 über einen Virus namens Stutnex, der vermutlich ganz besonders die Steuerungssysteme der Nuklearanlagen im Iran befallen habe oder befallen könnte. Dies könne nicht die Aktion von cleveren einzelnen Hackern sein. Der Aufwand hierfür sei sowohl in personeller wie in finanzieller Hinsicht viel zu groß. Angesichts der bekannten Tatsache, dass die USA im Weltmaßstab die höchsten Investitionen für Cyberwar-Aufrüstung tätigen und Israel sicher hervorragende Fachleute in diesem Gebiet zur Verfügung hat, darf man annehmen, dass hier von diesen beiden Staaten eine neue Front gegen den Iran eröffnet wird. Mit ihr wird ein Kampffeld installiert, dass von den UN kaum kontrolliert werden kann und das den USA einen aggressiven Spielraum jenseits von im Sicherheitsrat der UN beschlossenen Sanktionen gegen den Iran eröffnet.

6. Die bisherigen Thesen gehen davon aus, den Machtkalkülen der Konfliktpart-



Seit 1967 hält Israel die Golanhöhen besetzt.

© R. Maroy/versöhn-foto.de

ner lägen rationale machtpolitische Erwägungen zugrunde, allerdings nicht friedenspolitischen Charakters. Ist diese Annahme realistisch? Harald Müller, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, bezweifelt dies in seiner ausführlichen Darlegung zu dem Konflikt (HSFK Standpunkte 2/2010). Der jetzige iranische Präsident Ahmadinejad sei ein Anhänger des Mahdismus, der millenarisch-messianisch-apokalyptischen Version des Schiismus, einer Spielart, die es auch im christlichen und jüdischen Fundamentalismus gäbe. Der Präsident habe den radikalen Elementen der Islamischen Revolutionären Garde-Corps (IRGC) die Durchdringung von Geheimdienst, Militär und politischen Institutionen ermöglicht. Er bediene auch klassische anti-semitische Klischees. So berechtigt diese Feststellungen auch sein mögen, kann man daraus die Schlußfolgerung ziehen, Ahmadinejad handele irrational und unberechenbar – bis zum eigenen Untergang und dem seines Landes? Der iranische Präsident befindet sich offensichtlich in einem innenpolitischen Machtkampf, in dem er mehr oder weniger geschickt alle seine politischen, polizeilichen, militärischen und ideologischen Optionen nutzt, um seine Macht zu festigen. Dies folgt den traditionellen meist mörderischen und menschenverachtenden Mustern in solchen Kämpfen, auch bei vielen Bündnispartnern des Westens. Dies ist verwerflich, aber bei weitem im immanenten Sinne eines Machtkampfes nicht irrational. Selbstverständlich kann man die gleiche Frage nach der Rationalität ihres Handelns an die israelische Politik richten. Israel fordert ständig Sicherheit und Frieden für sich, betreibt aber eine Politik der ständigen Expansion. Es schlug bislang das Angebot der arabisch-islamischen Staaten von 2002 aus,

Frieden mit diesen Staaten zu schließen zu dem Preis, Palästina in den Grenzen von 1967 selbstständig werden zu lassen, wie es die UN schon seit langer Zeit fordern. Israel strebt nach weiterer Landnahme. Das ist zwar verwerflich, ist es aber irrational?

7. An die These von der angeblichen Irrationalität Ahmadinejads als besondere Verschärfung der Bedrohung Israels schließt sich die Frage an: Warum hat die US-amerikanische Außenpolitik gegenüber den vorherigen Präsidenten des Irans, die zum Teil sogar als Reformpräsidenten bezeichnet wurden und bei den letzten Präsidentenwahlen gegen Ahmadinejad standen, keine friedenspolitischen Angebote unterbreitet? Auch zu jenen Zeiten blieb die Angriffsdrohung der USA auf dem Tisch, blockierte eine Verständigung und förderte die Kräfte, die auf eine nukleare Bewaffnung des Irans drängten. (Vgl. hierzu Buro, Andreas: *Dossier I, Der Iran-Konflikt, Das Monitoring Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention*, Hg. Kooperation für den Frieden, Bonn 2006.) Offensichtlich muss man nach den wirklichen Gründen des Konflikts in der Geschichte suchen.

8. Nach dem Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung Mossadegh mit Hilfe des CIA ging es der US-amerikanischen Regierung mit der Errichtung und Unterstützung des terroristischen Schahregimes nicht allein um die Sicherung des Zugriffs auf das iranische Öl. Es ging auch um die Schaffung einer regionalen Vormacht im Mittlteren und Nahen Osten, die von den USA abhängig sein und gleichzeitig die Interessen der USA in dieser Region vertreten sollte. Vielleicht war dieser Versuch damals als ein Gegenstück zu Nassers panarabischen Ambitionen gedacht. Doch nicht nur Nassers Versuch, eine regionale Vormachtstellung zu begründen, scheiterte. Auch das US-amerikanische Experiment mit dem persischen Schah scheiterte durch die islamische Revolution unter Führung des Ayatollahs Khomeini. Die Funktion einer Vormacht in dieser Region übernahm ein sich allmählich herausbildendes de facto Bündnis zwischen den USA, Israel und der Türkei. Den Irak unterstützte man in dem blutigen Krieg gegen den Iran in der Hoffnung, das dortige islamische Regime stürzen zu können. Das misslang zwar, aber das Ziel des Regimewechsels im Iran blieb erhalten. Man liest es landauf und landab. Die USA haben inzwischen den Irak zerschlagen, kämpfen in Afghanistan vermutlich mit dem Ziel, sich sichere Basen für die Dominierung

Zentralasiens zu schaffen. Der Iran bleibt ihnen jedoch nach wie vor verschlossen. Geht es also wirklich um die mögliche nukleare Bewaffnung des Irans, während die USA und die UN die atomare Bewaffnung Indiens und des höchst instabilen Pakistans ohne erheblichen Widerstand zugelassen haben? Israels Atomwaffen sind anscheinend ebenso wenig ein Problem wie dessen Nicht-Befolgung von UN-Beschlüssen. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass es der US-Politik vornehmlich um den Regimewechsel in Teheran geht. Die mögliche und durch Bedrohung beförderte Atombewaffnung des Irans ist dabei nur das Vehikel, über den dieser Wechsel erreicht werden soll.

9. Harald Müller schließt seine Betrachtungen mit den Worten: „Ein israelischer Angriff auf die Infrastruktur des iranischen Nuklearprogramms ist riskant und wird schwerwiegende negative Folgen haben. Die politischen Führer Israels können – in voller Erwartung dieser negativen Folgen – zu dem Schluss kommen, dass er dennoch die einzige Option ist, die ihnen bleibt, um ihr Land und Volk vor einem nuklearen Holocaust zu schützen. Wenn es zu einer Militäroperation Israels kommt, werde ich diese Folgen fürchten und die Opfer auf beiden Seiten beklagen. Aber ich hoffe, dass der Westen und mein eigenes Land dann nicht Israel die Schuld zuschieben. Ahmadinejad und die Extremisten, die ihn umgeben, fordern die Tragödie heraus.“

Nach dem, was ich oben dargelegt habe, kann ich dieser Legitimation eines zukünftigen Angriffskrieges Israels nicht zustimmen. Zu fordern ist eine Friedenspolitik, in der die Sicherheitsinteressen Israels und Irans in gleichem Maße berücksichtigt werden und nicht unter der Drohung eines militärischen Angriffs stehen.

Andreas Buro (*1928 in Berlin) ist im Ruhestand lebender ehemaliger Professor der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main für Politikwissenschaft/Internationale Beziehungen. Er ist Mitbegründer der deutschen Ostermarschbewegung/Kampagne für Demokratie und Abrüstung und deren langjähriger Sprecher, des Sozialistischen Büros und des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Heute ist er u. a. friedenspolitischer Sprecher des Komitees, Koordinator des Dialog-Kreises „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“ und des „Monitoring-Projekts: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention“. 2008 hat er den Aachener Friedenspreis erhalten.



Irans Präsident Ahmadinedschad am 23.09.2009 in der UN-Generalversammlung.

Iran und die aktuelle Verschärfung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten

Clemens Ronnefeldt

„Die Kriegsgefahr im Nahen und Mittleren Osten ist in den vergangenen Wochen dramatisch gewachsen. Vier Faktoren, die jeder für sich schon destabilisierend sind, verstärken sich dabei: Resignation, das Fehlverhalten lokaler Regierungen, ein regionales Machtvakuum sowie das Fehlen externer Vermittlung“, schrieb Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin (SWP), am 5. Juli 2010 in der Süddeutschen Zeitung (nachfolgend abgekürzt: SZ).

Ein Blick auf den Herbst 2010 zeigt folgende konfliktverschärfende Faktoren:

1. Inbetriebnahme des iranischen Atomkraftwerkes in Buscher.

Nach jahrelangen Verzögerungen durch die russische Baufirma im Auftrag der Moskauer Regierung wurde Ende August 2010 der erste iranische Atomreaktor eingeweiht. Mit dem Anfahren des Reaktors endet die Frist für die israelische Regierung, wo diese Atomanlage noch ohne größere Umwelt-Katastrophe für die umliegenden Länder – und die dort stationierten US- und anderen Nato-Soldaten – hätte bombardiert werden können.

2. Prozessbeginn im Libanon wegen des Hariri-Mordes.

Im Herbst 2010 wird die Anklageerhebung des UN-Sondertribunals wegen der Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri im Jahre 2005 erwartet. Auf die Hizbollah sind starke Verdachtsmomente gefallen – und deren Chef Nasrallah wird versuchen, den Druck auf seine Organisation abzuwenden.

3. Ende des Siedlungsstopps in der Westbank.

Der unter US-Druck zugesagte – und nicht eingehaltene – Siedlungs-Baustopp

der israelischen Regierung für die Westbank endet am 25.9.2010. Rechtsgerichtete Kräfte im Land haben bereits angekündigt, die Regierung Netanjahu unter Druck zu setzen, den Siedlungsbau in der Westbank mit neuem Schwung wieder aufzunehmen. Die Proteste in den palästinensischen Gebieten sind vorhersehbar.

4. Die UN-Resolution 1929 zur Durchsuchung iranischer Schiffe.

Die UN-Resolution 1929 regelt die Durchsuchung iranischer Schiffe sowohl in ausländischen Häfen als auch auf hoher See. Jeder Staat darf Kriegsschiffe einsetzen, um Schiffe, die von und nach iranischen Häfen unterwegs sind, zur Inspektion aufzufordern. Die einzige Voraussetzung ist, dass dem betreffenden Staat Informationen vorliegen müssen, dass sich an Bord des Schiffes sanktionierte Güter – z.B. Waffen und Ausrüstungsteile für die Atomindustrie – befinden könnten. Eine wesentliche Einschränkung ist, dass das Land, unter dessen Flagge das betroffene Schiff fährt, der Untersuchung zustimmen muss. Da Iran sich voraussichtlich weigern wird, diese Inspektionen zuzulassen, sind Konflikte vorprogrammiert, die leicht zu einem Kriegs Anlass werden können.

5. Im Juli 2010 wurde in der Straße von Hormus ein mit 270.000 Tonnen Rohöl beladener japanischer Tanker von einem mit Sprengstoff beladenen Kleinboot gerammt und erheblich beschädigt. Anfang August 2010 bekannten sich die al-Qaida nahestehenden „Abdallah-al-Azzam-Brigaden“ zu dem Angriff und gaben als Begründung an, Ungläubige würden die muslimische Welt besetzen und ihre Rohstoffe ausplündern (vgl. SZ, 7./8.8.2010). Sollte sich Ähnliches wiederholen – vor allem mit einem weniger glimpflichen Ausgang – wird dies vermutlich die im persischen Golf präsenten US-Streitkräfte zum Eingreifen bewegen.

Zum iranischen Atomprogramm

Als Reaktion auf die internationalen Sanktionen kündigte die Regierung in Teheran an, keine internationalen Geschäfte mehr in den „schmutzigen“ Währungen Dollar und Euro abzuwickeln sowie jegliche Werbung für deutsche, englische oder südkoreanische Produkte zu verbieten.

Beim UN-Sicherheitsrat-Beschluss am 9.6.2010 bezüglich dieser neuer Sanktionen gegenüber Iran stimmten 12 Staaten für eine Verschärfung – darunter auch Russland und China -, die Türkei und Brasilien waren dagegen, Libanon enthielt sich überraschenderweise. Einer der großen Nutznießer der Sanktionen ist die Türkei: Seit 2002 haben sich die türkischen Exporte nach Iran versechsfacht.

Im Zusammenhang mit einem vermutlichen Anschlag auf Präsident Ahmadinedschad bei einem Besuch in Hamdan Anfang August 2010, den er unverletzt überstand, sprach dieser erstmals von „einer amerikanischen Verschwörung für einen komplexen Krieg“ (SZ, 5.8.2010).

Im Herbst 2010 werden die fünf ständigen Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien) zusammen mit Deutschland (P5 plus 1) wieder mit Irans Unterhändler zusammenkommen, um über den Atomkonflikt zu verhandeln. „Es war klar, dass Teheran nicht einfach den Forderungen des Sicherheitsrates nachkommen würde. Die iranische Führung zeigte aber, dass sie kein Interesse an einer weiteren Eskalation hat. Präsident Ahmadinedschad will weiterhin, nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen, mit den USA ins (politische) Geschäft kommen“, schrieb Volker Perthes am 5.8.2010 in der SZ.

Im Mai 2010 kam es zum so genannten „Teheran-Abkommen“, das Brasilien und die Türkei vermittelt hatten. Darin erklär-

te sich Teheran bereit, in einem Tausch 1.200 Kilogramm niedrig angereichertes Uran gegen Brennelemente für einen Forschungsreaktor in Teheran in die Türkei zu bringen. Der „P5 plus 1-Gruppe“ ging dieser Kompromiss nicht weit genug – kurze Zeit später wurden verschärfte UN-Sanktionen verhängt. Dennoch kündigte die iranische Führung nicht wie angedroht das „Teheran-Abkommen“ auf und erklärte sich zum Dialog im Herbst 2010 bereit.

Während Iran als Regionalmacht anerkannt werden möchte, fokussiert sich die „P5 plus 1-Gruppe“ auf die Forderung, Iran müsse die (hohe) Anreicherung von Uran einstellen.

Volker Perthes sieht Auswege aus der Eskalations-Spirale, wenn neben der eindimensionalen Fixierung auf die Nuklearfrage durch die „P5 plus 1-Gruppe“ mit der Führung in Teheran auch über Fragen der regionalen Sicherheit, über Afghanistan, Drogenhandel, Piraterie, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und akademischen Austausch verhandelt würde, ebenso über Menschenrechtsfragen.

Den Sicherheitsbedürfnissen von Iran und Israel liegen Traumata zugrunde

In ihrem Buch „Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr“ schreiben die beiden Journalisten der Wochenzeitung „Die Zeit“, Gero von Randow und Ulrich Ladurner:

„Der Iran trägt immerzu Trauerflor. Man muss nicht lange suchen, um Gründe dafür zu finden. Ob in dem Kult um Ali und Hussein, den ermordeten Propheten der Schiiten, ob in dem Krieg gegen den Aggressor Irak, ob im Putsch der CIA gegen den Ministerpräsidenten Mossadegh, ob in den Friedhöfen vor den Toren Teherans, ob in den Machinationen [lat.: Umtriebe, Ränke, Anm. CR] der Kolonialmächte, ob in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Atomenergie, ob in der dauernden Gegnerschaft zu den USA. Wohin auch immer man schaut, überall finden Iraner Beweise für das Unglück, das durch fremde Hand herbeigeführt wird. Der Iran ist übersät mit Hunderttausenden Opfern eines fortgesetzten Verrats, der nicht enden will und nie enden wird, denn er ist eine existenzbegründende Begleiterscheinung des Iran. Es gibt dieses Land, solange es Verrat gibt, ohne ihn scheint es nicht existieren zu können. Oder wie sonst könnte man den tief verankerten Glauben der Iraner erklären, dass draußen vor den Grenzen immer jemand am Werk ist, um ihrem Land zu schaden, dass immer jemand das Land hindert, zur Entfal-

lung zu kommen? Überall lauern böse Geister, Imperialisten, Kolonialisten, Ausbeuter. Der Iran ist Opfer, war Opfer und wird es immer sein. Nie wird er verstanden sein, nie wird er akzeptiert werden. Darf man so die Gefühlslage einer Nation zusammenfassen? Darf man auf diese Weise vereinfachen? Man darf. Denn um Politik zu machen, müssen Einsichten verdichtet werden“¹.

Keiner der 64 Giftgasangriffe Saddam Husseins auf Iran während des Krieges von 1980 bis 1988 führte zur Anrufung des UN-Sicherheitsrates, was wohl u.a. daran lag, dass die US-Regierung eine Verurteilung ihres Verbündeten Irak vermutlich per Veto verhindert hätte. Die irakischen Giftgasangriffe und die daraus resultierenden enormen Opferzahlen sind einer der Gründe, warum die USA im Iran bis heute als der „große Satan“ bezeichnet wird. Noch immer leiden im Iran mehrere Zehntausend Personen an den Spätfolgen der Giftgas-Einsätze. Gleichzeitig wurde durch diese Ereignisse das Vertrauen Irans in die UNO und speziell in den Sicherheitsrat schwer beschädigt.

Ohne Berücksichtigung dieser iranischen Grundbefindlichkeiten von Seiten westlicher Staaten werden Verhandlungen im Atomkonflikt weiterhin scheitern, ohne die Offenheit der iranischen Verhandlungsführer für neue, positive Erfahrungen mit diesen westlichen Staaten ebenso.

Auch in Israel spielt die Erfahrung traumatischer Ereignisse in der Frage der eigenen Sicherheitsbedürfnisse eine zentrale politische Rolle.

In seinem Buch „Hitler besiegen. Warum Israel sich endlich vom Holocaust lösen muss“ schreibt der ehemalige Berater von Shimon Peres, Vorsitzende der Jewish Agency und Sprecher der Knesset, Avraham Burg, Sohn des früheren israelischen Innenministers Josef Burg, über den ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin:

„Sein damaliger Kabinettssekretär Arye Naor erklärte, Begin habe sein Kabinett mit folgenden Worten überzeugt, den Libanonkrieg anzufangen: ‚Sie wissen, was ich selbst und was wir alle unternommen haben, um einen Krieg und Verluste an Leben zu verhindern. Doch in Israel ist dies nun einmal unser Schicksal. Es gibt keine andere Möglichkeit, als selbstlos zu kämpfen. Glauben Sie mir, die Alternative ist Treblinka, und wir haben uns entschieden, dass es kein Treblinka mehr geben wird.‘ Zwei Wochen nach Beginn dieses unnötigen Krieges erwiderte der Schriftsteller Amoz Oz



März 2010: UN-Generalsekretär Ban zwischen Israel und Gaza.

darauf in der Zeitschrift Yediot Aharonot: ‚Hitler ist schon tot, Herr Ministerpräsident ... Immer wieder, Herr Begin, legen Sie vor den Augen der Öffentlichkeit ein merkwürdiges Bedürfnis an den Tag, Hitler wiederzuerwecken, um ihn dann in der Gestalt von Terroristen täglich neu zu töten ... Dieses Bedürfnis, Hitler wiederzubeleben und ihn dann auszulöschen, ist das Ergebnis einer Melancholie, der von Dichtern Ausdruck verliehen werden kann. Unter Staatsmännern aber ist sie ein Risiko, das leicht zu einer tödlichen Gefahr werden kann“².

Deutsche Wahrnehmungen

Nicht nur die derzeitige israelische Regierung ist bereits seit geraumer Zeit versucht, den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zum „neuen Hitler“ aufzubauen – auch deutsche Presseorgane helfen kräftig mit, diese Parallele und das Feindbild Iran zu schüren.

In Deutschland liegt es an einer verantwortungsbewussten, demokratisch gesinnten Gegenöffentlichkeit, Bedingungen für eine zivile Konfliktlösung des iranisch-israelischen Konflikts offen zu halten und allen Versuchen der Kriegshetze und Feindbild-Propaganda entgegenzutreten. Noch immer taucht die nachweislich falsche Behauptung auf, Ahmadinedschad habe gesagt, „Israel müsse von der Landkarte getilgt werden“. Selbst die Bundeszentrale für politische Bildung hat diese falsche Übersetzung der Rede des iranischen Staatschefs von Oktober 2005 inzwischen korrigiert³.

Den Menschen in Israel ist die Erfüllung der Vision von Avraham Burg zu wünschen:

„Wenn wir aufwachen, wird die Geschichte wieder weitergehen. Das Leben wird zum Leben zurückkehren, und es wird

klar werden, dass es unmöglich ist, sich für immer in den Gräben zu verschanzen, die sich zwischen den Friedhöfen erstrecken. Jemand wird erklären: ‚Das war’s. Es ist vorbei‘. Ein anderer wird erklären: ‚Wir können Hitler besiegen‘. Weil es möglich ist, müssen wir es tun. Wir müssen das Tal der Tränen, die Schatten des Todes hinter uns lassen und den Berg der Hoffnung und des Optimismus erklimmen. Wir werden uns erinnern, aber heil sein. Narben haben, aber ganz und ausgeglichen sein“⁴.

Die Erfüllung dieser Vision könnte ein Schlüssel dazu sein, den gesamten Nahen und Mittleren Osten – möglicherweise im Rahmen einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit – in eine friedvollere Zukunft zu führen.

Anmerkungen

- 1 Gero von Randow und Ulrich Ladurner, Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr, Hamburg 2006, S. 70f.
- 2 Avraham Burg, Hitler besiegen. Warum Israel sich endlich vom Holocaust lösen muss, Frankfurt 2009, S. 72.
- 3 Vgl.: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Iran/israel.html
- 4 Avraham Burg, a.a.O., S. 264.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

ZIVILER FRIEDENSDIENST

Museumsreif? – Ausstellung

(ZFD) „Wir scheuen keine Konflikte“ – so lautet der Titel der neuen Ausstellung zum Zivilen Friedensdienst. Sie zeigt z. B., wie ZFD-Fachkräfte im Streit um Weideflächen und Wasserstellen zwischen Bauern und Viehzüchtern in Niger vermitteln. Oder israelische und palästinensische Jugendliche zusammenbringen. Zudem gibt es Hintergrundinfos zu Zielen, Arbeitsweise und Erfolgen des Zivilen Friedensdienstes.

Fazit: ZFD wirkt.

Die Ausstellung kann ausgeliehen werden. Nähere Infos über Bedingungen und Kosten bei Martina Rieken, Koordinatorin Öffentlichkeitsarbeit Ziviler Friedensdienst.

Konsortium Ziviler Friedensdienst
c/o Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V., Endenicher Str. 41,
53115 Bonn, Tel. 02 28/2 49 99-0
rieken@ziviler-friedensdienst.org
[www.ziviler-friedensdienst.org/
ZFD-Ausstellung.59.0.html](http://www.ziviler-friedensdienst.org/ZFD-Ausstellung.59.0.html)



Demo für eine Welt ohne Krieg im November 2008 vor dem Verteidigungsministerium in Seoul.

Bedeutung des Militärs in Südkorea

Jungmin Choi

Es wäre unmöglich, die ganze Geschichte des Militarismus in Südkorea in diesem kurzen Artikel unterzubringen – 35 Jahre unter der japanischen Kolonialmacht, geteilte Besatzung der USA und der Sowjetunion kurz nach der Befreiung von Japan, die Teilung der koreanischen Halbinsel, der Koreakrieg, Militärdiktatur, der „rote Komplex“ gegen den Kommunismus und die kürzlich wieder in den Vordergrund gerückte Möglichkeit eines militärischen Konflikts mit Nordkorea nach den tödlichen Schüssen auf einen südkoreanischen Touristen beim Berg Geumgang sowie die Infragestellung der Vereinbarungen zum Abbau der militärischen Spannungen zwischen den beiden Staaten.

Die Geschichte des modernen Südkorea ist kurz, aber die prägenden Ereignisse bleiben in vielen Teilen der Gesellschaft virulent. Es ist wahr, dass der Antikommunismus nicht mehr so dominant ist wie in der Vergangenheit, seit der Demokratisierungsprozess im Land fortschreitet und es mit dem Norden praktisch keinen Wettstreit um Legitimität mehr gibt. Aber aus der Wechselwirkung der Gegenwart mit den Überbleibseln der Vergangenheit entwickelten sich neue Formen des Militarismus. Und diese durchziehen alle Bereiche der Gesellschaft.

Wenn wir einen genaueren Blick auf die Wehrpflicht werfen, ist das kein ausreichender, aber ein notwendiger Schritt, um den Militarismus in der südkoreanischen Gesellschaft zu verstehen. Die Themen Militär und nationale Verteidigung haben einen komplizierten historischen und ideologischen Hintergrund. Die Konfrontation mit dem Norden ließ die Menschen glauben, dass Militär und Verteidigung absolut

notwendig und eine Frage des unmittelbaren Überlebens seien. Die meisten Regierungen wussten das sehr gut und nutzten es, um an der Macht zu bleiben. Unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit wurde das Militär zu einer außerhalb der Gesellschaft stehenden und ihrer Kontrolle entzogenen Institution. Tode mit unbekannter Ursache, Illegalität und Korruption waren an der Tagesordnung. Inzwischen jedoch, seit das Militär als Einrichtung wahrgenommen wird, zu der nur die Armen und Machtlosen herangezogen werden, ist die Wehrpflicht zu einem Gegenstand der öffentlichen Empörung geworden. Es ist tatsächlich eines der mächtigsten Themen, die Wahlen entscheiden können.

Wenngleich es nicht mit dem Demokratisierungsprozess der Gesellschaft Schritt hält, hat das Militär bezüglich der Menschenrechte Fortschritte gemacht. Die Dienstzeit wurde verkürzt mit der Absicht, sie bis 2014 auf eineinhalb Jahre zu senken. Und derzeit kann sich praktisch

Grünes Licht für Landraub?

Vortrag mit Dawoud Hamoudeh, Stop the Wall:

- Was hat Israel mit dem Westjordanland vor?
- Zukünftige Planungen Israels und palästinensische Gegenstrategien

Im von Israel besetzten Westjordanland trennt eine Mauer Bauern von ihren Feldern, Kinder von ihren Schulen, Menschen von ihren Arbeitsplätzen. Gegen diese Sperranlage, die gegen internationales Recht verstößt, protestieren Palästinenserinnen und Palästinenser zusammen mit Israelis und internationalen Freiwilligen. Der friedliche Widerstand gegen die israelische Besatzung nimmt zu, seine gewaltsame Niederschlagung ebenfalls. Demonstranten werden verfolgt, verhaftet und müssen um ihr Leben fürchten.



Foto: röm

Dawoud Hamoudeh aus Ramallah arbeitet bei der Kampagne „Stop the Wall – Palestinian grassroots Anti-Apartheid Wall Campaign“ im Westjordanland. Diese tritt ein für einen Stopp des Mauerbaus, den Abbau bereits gebauter Teile, die Rückgabe des dafür konfiszierten Landes und Entschädigung für bisher erlittene Verluste.

Vortrag in englischer Sprache mit anschließender Diskussion.
Bei Bedarf Übersetzung.

Mittwoch, 26. Januar 2011, 19.45 Uhr
Universität Bonn, Hauptgebäude, Hörsaal 3

Veranstalter: Nakba-Gruppe Bonn, Frauennetzwerk für Frieden, Frauenwege Nahost, Palästinensische Gemeinde Deutschland-Bonn, Deutsch-Palästinensischer Frauenverein, Palästinensischer Studentenverein Bonn, DPG Regionalgruppe Rheinland

Organisator der Vortragsreise: Deutschen Koordinationskreis Palästina Israel (www.kopi-online.de).
Alle Termine: Marburg, Donnerstag, 20. Januar 2011 | Hamburg, Freitag, 21. Januar 2011 | Hannover, Samstag, 22. Januar 2011 (Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden) | Hannover, Montag, 24. Januar 2011 | Frankfurt/Main, Dienstag, 25. Januar 2011 | Bonn, Mittwoch, 26. Januar 2011 | Koblenz, Donnerstag, 27. Januar 2011

V.i.S.d.P.: G. Rashmawi, Bonn

Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden

Zur Arbeit der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung *pax christi* in Israel/Palästina

Mit der Beteiligung an der Aktion „Ein Schiff für Gaza“ im Jahre 2010 ist die Arbeit von *pax christi* im Nahen Osten in die öffentliche Auseinandersetzung geraten. Generell stehen jegliche Stellungnahmen oder Aktionen zu dieser Konfliktregion unter dem Verdacht der Einseitigkeit und erfolgen aus einer bestimmten Perspektive heraus. Dabei ist gewiss: Nur wenn es uns gelingt, den Blick auf beide vom Konflikt betroffenen Parteien zu richten, auf die Menschen in Israel ebenso wie auf die Menschen in Palästina, und uns des eigenen Zugangs bewusst zu werden, kann ein Beitrag für einen gerechten Frieden im Nahen Osten erbracht werden. In diesem Sinne versteht *pax christi* sein Engagement in Israel/Palästina. Die aktuellen Anfragen an die Arbeit von *pax christi*, aber auch die Zuspitzung der Situation im Nahen Osten machen es erforderlich, die Voraussetzungen einer solchen umfassenden Perspektive zu benennen.

Wir sprechen als Deutsche

Unser Engagement im Nahostkonflikt konfrontiert uns mit der deutschen Schuld an der Ermordung der europäischen Juden in den Jahren 1933 bis 1945. Auch wenn wir persönlich nicht schuldig geworden sind, wissen wir um die bleibende Verantwortung, die aus der Shoa erwächst. Es ist die je aktuelle Erinnerung an die Opfer und das Wissen um die bleibende Mahnung, dass „Auschwitz nicht noch einmal sei“ (Theodor W. Adorno). In Israel treffen wir auf Überlebende der Shoa und ihre Nachkommen. Zugleich ist der Staat Israel für viele Juden weltweit zu einem Zufluchtsort geworden. Unser Eintreten für das Existenzrecht Israels in den Grenzen bis 1967 ist im Wesentlichen begründet in unserer Verantwortung gegenüber unserer eigenen Geschichte, damit die Menschen dort in Frieden und Sicherheit leben können.

Dies bedeutet zugleich, dass wir uns für das Recht aller Menschen und Völker einsetzen, ein selbstbestimmtes Leben in Frieden und Freiheit und in anerkannten staatlichen Grenzen zu führen. Deshalb sind ebenso in unserem Blickfeld die vorherigen Bewohner/innen des heutigen palästinensischen und israelischen Territoriums, die in der Nakba 1947/48 vertrieben wurden, sowie jene, die in den seit 1967 besetzten Gebieten leben, und die palästinensischen Bürger/innen des Staates Israel. Unser Engagement gilt daher den Menschen in Palästina. Wir unterstützen ihren gewaltfreien Einsatz für einen souveränen Staat.

Die Erinnerung an die Shoa steht in der deutschen Politik in der Gefahr, zur Legitimation einer Form von Staatsräson zu werden, die problematische Positionen einer israelischen Regierung unbeachtet unterstützt. Demgegenüber droht die Erinnerung an den millionenfachen Völkermord mit der darin begründeten universellen Mahnung an die Menschheit, für den Schutz der Menschenrechte und die Achtung internationalen Rechts einzutreten, zu kümmern.

Wir sprechen als Christ/innen

Mit unserer eigenen Glaubens- und Kirchengeschichte begegnen wir in Israel/Palästina einem Land, das wir auch als das „Heilige Land“ bezeichnen und wir verbinden unseren Glauben dadurch fest mit diesem Ort.

Dieses Land, das sich Israel, Syrien, Jordanien, Ägypten, der Libanon und die Palästinenser/innen teilen, ist nicht nur das Territorium von Staaten, sondern weltweit sogar für Judentum, Christentum und Islam das Land ihres Ursprungs, ihrer heiligen Stätten, das Ziel vieler Pilgerschaften und Gebete. Es ist nicht nur ein geografischer oder historischer Raum, sondern symbolischer Ort. Mit dem „Land der Verheißung“ ist die Hoffnung auf eine universale Gerechtigkeit verbunden, deren Frucht der Friede ist. Die Christ/innen sind in dieser Region eine Minderheit in ihren jeweiligen Gesellschaften und mit Sorge beobachten wir, dass immer mehr von ihnen vor allem die palästinensischen Gebiete verlassen, weil sie dort keine Zukunft mehr sehen.

Wir pflegen den Kontakt zu vielen christlichen Partner/innen in Palästina und unterstützen sie auf unterschiedlichste Weise. Uns ist darüber hinaus der interreligiöse Dialog ein besonderes Anliegen, weil wir sicher sind, dass die Religionen viel zum Frieden beitragen können.

Als Christ/innen verpflichtet uns unsere Geschichte zu Solidarität mit dem Judentum. Unsere Verbundenheit erwächst aus unseren Wurzeln, die für uns im Bund Gottes mit Israel liegen. Ein Beitrag zum Frieden ist es auch, allen Religionsfreiheit zu gewähren und für keine Religion einen Vorrang zu beanspruchen.

Von der „Doppelten Solidarität“ zur „Ungeteilten Solidarität für einen gerechten Frieden“

pax christi hat aus diesen Orientierungen heraus vor Jahren die Position der „Doppelten Solidarität“ formuliert, mit der die gleichgewichtige Berücksichtigung der Rechte des israelischen wie des palästinensischen Volkes eingefordert wurde. Diese Position hatte ihre Stärke darin, dass eine doppelte Blickrichtung möglich wurde, sowohl auf die bedrohliche Sicherheitslage der israelischen Gesellschaft als auch auf die unerträgliche Situation der Palästinenser/innen in den besetzten Gebieten. Mit der Verschärfung der Lage im Nahen Osten sehen wir die Notwendigkeit einer Aktualisierung der Position der Doppelten Solidarität. Es bedarf einer entschiedeneren Sprache, wo angesichts eklatanter Menschenrechtsverletzungen Parteinahme erforderlich ist. Verletzung von Völkerrecht und Menschenrechten auf beiden Seiten und die Besetzung schweigend hinzunehmen, kann zu Komplizenschaft mit Unrecht und Gewalt führen.

Wenn wir von der Solidarität mit Menschen reden, die sich konsequent für den Frieden einsetzen, dann ist diese Solidarität immer ungeteilt. In den langjährigen Begegnungen mit unseren palästinensischen und israelischen Partner/innen ist die Erfahrung einer Solidarität für die jeweils andere Seite gereift, die zu einem ungeteilten Einsatz für Menschenrechte führt.

In diesem Sinne schreiben wir die Position der „Doppelten Solidarität“ fort zu einer Position der „Ungeteilten Solidarität für einen gerechten Frieden“. Es ist eine Solidarität mit den Menschen in Palästina und Israel, die in je unterschiedlicher Weise unter der Situation der Gewalt leiden und den Menschen, die sich in Friedens- und Menschenrechtsorganisationen für gewaltfreie Konfliktlösungen einsetzen.

Die Macht der Gewalt

Heute ist eine Situation der Gewalt eingetreten, die kaum Hoffnung auf einen gerechten Frieden verspricht. Für die Menschen in Palästina ist die Politik des Staates Israel nahezu erdrückend. Dieser Politik wohnt eine systematische Gewalt inne, die u.a. zu Landnahme durch die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und Mauerbau, zur Annexion Ost-Jerusalems und der Verweigerung des Rückkehrrechtes der Flüchtlinge, zu Hauszerstörungen, willkürlichen Verhaftungen und Kollektivstrafen führt. Auf der anderen Seite sind die Menschen in Israel durch Raketenangriffe oder Selbstmordattentate konkurrierender militanter Gruppen bedroht und sehen sich einem aggressiven Antisemitismus und offener Feindseligkeit Israel gegenüber ausgesetzt. Die Militanz der Hamas oder Hisbollah, die Politik Syriens und des Irans wiederum liefern der israelischen Regierung die Rechtfertigung für ihre harte Haltung gegenüber den Palästinenser/innen. Umgekehrt gibt die Besatzungs- und Siedlungspolitik Israels Anlass zu weiteren Gewaltausbrüchen in der Region.

Die Macht des Rechts

Kriterien zur Beurteilung einer Politik, die dem Ziel eines gerechten Friedens dient, sind das Völkerrecht und die Menschenrechte. Von hier aus eröffnen sich Wege, aus der Sackgasse der Gewalt herauszukommen. Die andauernde israelische Besetzung des Westjordanlandes mit ihren täglichen Willkürmaßnahmen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bewohner/innen, die aggressive Siedlungsbaupolitik sowie die Blockade des Gazastreifens stehen im Widerspruch zum Völkerrecht, weil sie Zivilist/innen zu Leidtragenden machen. Unabdingbar für einen gerechten Frieden ist die Aufhebung der Besetzung und der Blockade. Solange aber Israel in Ost-Jerusalem, der Westbank und in Gaza noch die Funktion einer Besatzungsmacht ausübt, ist die israelische Regierung für das Wohl der dort lebenden Menschen verantwortlich. Völkerrechtlich wird der Besatzungszustand durch die Vierte Genfer Konvention geregelt, die von Israel in vielfacher Weise missachtet wird. Aber auch Israel ist um seiner Sicherheit willen auf die universelle Achtung des Völkerrechts angewiesen.

Wir sehen den Anteil militanter palästinensischer Gruppen an der jetzigen Situation und fordern von ihnen ein Ende der Gewalt. Von den palästinensischen Parteien und Verantwortlichen fordern wir, alles Mögliche dafür zu tun, dass jegliche Gewalt, insbesondere gegen israelische Zivilist/innen, beendet wird. Weiterhin erwarten wir von ihnen, dass sie die Spaltung ihres Volkes überwinden und am Aufbau einer Gesellschaft arbeiten, die auf Freiheit, Gleichberechtigung und Achtung aller gründet, unabhängig von ihrer Religion und Weltanschauung, und die bereit ist, eine gute Nachbarschaft zur israelischen Gesellschaft zu entwickeln. Wir fordern von der Hamas die Anerkennung des Staates Israel und von Israel die Anerkennung des Staates Palästina.

Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden

Wir sehen das berechnete Interesse des Staates Israel an der Sicherheit und Freiheit seiner Bürger/innen, und wir sehen ebenso das Recht auf Sicherheit und Freiheit der Palästinenser/innen. Die

internationale Staatengemeinschaft muss beide Seiten mit dem gleichen Maßstab beurteilen: Gleiches Recht auf Sicherheit, Selbstbestimmung, Freizügigkeit, gleiche Menschenwürde. Es darf keine doppelten Standards in der Bewertung der Situation in Israel/Palästina geben. In der Konfliktsituation der Besetzung, die von einer extremen Asymmetrie gekennzeichnet ist, ist eine am Interessenausgleich orientierte Konfliktlösung nur möglich, wenn die internationale Gemeinschaft ihre Verantwortung wahrnimmt und das internationale Recht einfordert. Insbesondere die Bundesregierung ist aufgefordert, die besondere Verantwortung Israel und Palästina gegenüber am Grundsatz der Rechtsgleichheit zu orientieren.

Herausforderungen für pax christi

Die Position der „Ungeteilten Solidarität für einen gerechten Frieden“ stellt uns selbst vor große Herausforderungen: Sie fordert unseren Einsatz, unsere kritische Wahrnehmung, unsere Kreativität, unsere Energie und unsere Beharrlichkeit. pax christi setzt sich für den Frieden in Nahost ein.

Dazu

- widersprechen wir entschieden jedem Antisemitismus. Wir widersprechen aller Israelkritik, die sich mit antisemitischen Ressentiments verbindet. Ebenso verwahren wir uns gegen jede pauschale Verunglimpfung von Kritik an israelischer Politik als antisemitisch;
- informieren wir die deutsche Öffentlichkeit über Menschen- und Völkerrechtsverletzungen sowie Gewaltakte in der gesamten Region;
- setzen wir uns aktiv für ein Ende der Besetzung und eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems ein;
- fordern wir die Politiker/innen in Deutschland auf, die israelische Regierung und die palästinensische Autonomiebehörde zu drängen, die UN-Resolutionen und Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zu beachten und umzusetzen;
- kritisieren wir politische Maßnahmen der Bundesregierung oder einzelner Vertreter/innen, die nicht gleichermaßen Rechte und Pflichten beider Konfliktparteien berücksichtigen;
- fordern wir die Bundesregierung und die EU dazu auf, auf eine vollständige nukleare und konventionelle Abrüstung der gesamten Region hinzuwirken, die Forderung schließt einen sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte in die Region ein;
- kritisieren wir politische Maßnahmen der Bundesregierung oder einzelner Vertreter/innen, die nicht gleichermaßen Rechte und Pflichten beider Konfliktparteien berücksichtigen;
- pflegen wir Kontakte zu Nichtregierungsorganisationen auf beiden Seiten, unterstützen sie in ihrem Einsatz für eine friedliche Lösung des Konflikts und machen ihre Ziele, Projekte und Aktivitäten in Deutschland bekannt;
- laden wir friedensbemühte israelische und palästinensische Vertreter/innen der Zivilgesellschaft und Politiker/innen zu Vorträgen ein und führen Gespräche mit ihnen;
- entsenden wir Freiwillige im Rahmen des Freiwilligendienstes und im Rahmen des Ökumenischen Friedensdienstes für Palästina und Israel (EAPPI) und begleiten ihren Einsatz;
- unterstützen wir gewaltfreie Aktionen für einen gerechten Frieden.

Beschlossen von der Delegiertenversammlung am 31.10.2010 in Fulda

GRUNDSATZERKLÄRUNG

Krieg ist alltägliche Realität für Millionen von Menschen. Durchschnittlich 40 bewaffnete Konflikte und Kriege im Jahr bedrohen sie in ihrer Existenz und hindern sie an einem menschenwürdigen Leben.

Krieg und Gewalt bilden einen Teufelskreis mit den anderen Bedrohungen unter denen die Menschheit leidet: Globale Ungerechtigkeit, Armut, Umweltzerstörung und Verschwendung von Rohstoffen.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Erklärung, schließen uns in Deutschland zur Kooperation für den Frieden zusammen, um mitzuwirken, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Wir treten dafür ein,

- dass Menschen, Gruppen, Staaten gleichberechtigt und ohne sich gegenseitig zu unterdrücken und auszubeuten miteinander leben
- dass ein einvernehmlicher Interessensausgleich Ziel der Politik ist und Krieg als Mittel jeder Politik geächtet wird
- dass das Völkerrecht als einziges legitimes Instrument zur Regelung zwischenstaatlicher Konflikte gestärkt und weiterentwickelt wird
- dass militärische Mittel der Politik ersetzt werden durch Methoden der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung
- dass umfassend abgerüstet wird
- dass Kriegeursachen und -folgen, wie ungerechte Wirtschaftsbeziehungen, Armut, Benachteiligung und Umweltzerstörung energisch bekämpft werden

Für diese Grundsätze werden wir gewaltfrei und energisch eintreten. Jede Initiative, Gruppe und Organisation, die sich diesen verbindlichen Grundsätzen anschließen will, laden wir ein zur Mitarbeit an unserer Kooperation.

MITWIRKENDE

Die Grundsatzklärung haben unterzeichnet: ■ Aachener Friedenspreis ■ Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) ■ Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden ■ Antikriegsbündnis "Menschen für den Frieden Düsseldorf" ■ Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow ■ Bremer Aktion für Kinder (BAK) ■ Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) ■ Bund für Soziale Verteidigung (BSV) ■ Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ■ Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) ■ Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK) ■ EUCOMmunity ■ Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern (EAK) ■ Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland – Friedensausschüsse ■ Frauennetzwerk für den Frieden e.V. ■ Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) ■ Friedensforum Münster ■ Friedensinitiative Nottuln e.V. ■ Friedensrat Mühlheim ■ Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand ■ Infostelle für Friedensarbeit, Meckenheim ■ IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms) ■ IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung ■ Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit ■ Internationaler Versöhnungsbund - deutsche Sektion ■ Komitee für Grundrechte und Demokratie ■ Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt ■ Leserinitiative Publika e.V. ■ Mönchengladbacher Friedensforum ■ NaturwissenschaftlerInnen-Initiative "Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit" ■ Netzwerk Friedenskooperative ■ Netzwerk Friedenssteuer ■ Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin ■ Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) ■ Pax Christi – Deutsche Sektion ■ Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat, Künzell ■ Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide ■ Verdi-Jugend ■ Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden

SPRECHERINNEN:

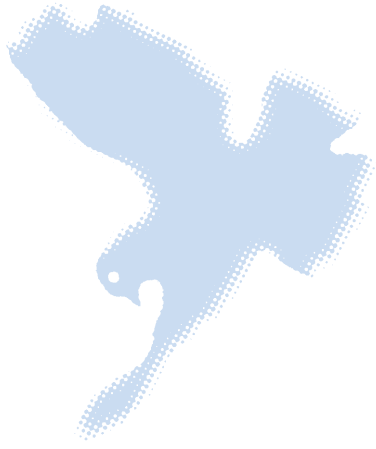
Susanne Grabenhorst, Mönchengladbacher Friedensforum
Otmár Steinböcker, Aachener Friedenspreis
Renate Wanie, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden

KONTAKTANSCHRIFT:

Römerstr. 88, 53111 Bonn
friekoop@bonn.comimk.org, Tel. 0228-69 29 05
www.koop-frieden.de



Kooperation für den Frieden



Die wohltuenden Begründungen für das Militär sind zur Zeit: Sicherheit, Stabilität, Menschenrechte, Demokratie, Wohlstand, Wiederaufbau usw. Zivile Mittel und Organisationen werden in die Kriegsführung eingebaut und das Ganze mit ausgefeilten Strategien der Öffentlichkeit vermittelt.

Es geht nicht nur darum, dieser Rehabilitation des Krieges zu widerstehen. Eine Welt ohne Krieg setzt gerechte soziale und wirtschaftliche Beziehungen ebenso voraus wie gewaltfreie Methoden der Konfliktprävention und -bearbeitung.

Kooperation Frieden

Die Friedensbewegung hat daher viele Berührungspunkte mit anderen sozialen Bewegungen - auch international.

Innerhalb der deutschen Friedensbewegung gibt es eine inhaltliche und organisatorische Breite, die durch verschiedene thematische Zugänge, eine eigene Klientel, spezielle Medien und eine besondere politische Kultur dazu beitragen, friedenspolitische Forderungen in viele gesellschaftliche Bereiche einzubringen. Inhaltliche Übereinstimmungen und gemeinsame Ziele, die über eine kurzfristige Kriegsablehnung hinausgehen, können eine produktive Zusammenarbeit ermöglichen.

Gleichzeitig leiden viele Initiativen an der Begrenztheit ihrer personellen und finanziellen Möglichkeiten.

Aussicht auf Erfolg haben Kampagnen und Großaktionen in der Regel dann, wenn sie von mehreren Organisationen gemeinsam oder zumindest gleichzeitig durchgeführt werden.

Die in der Kooperation für den Frieden zusammengeschlossenen Gruppen und Organisationen setzen sich zum Ziel, in einem gleichberechtigten Dialog politische Stellungnahmen zu entwickeln und auf deren Grundlage gemeinsame Aktionen und Kampagnen ins Leben zu rufen. Sie setzt sich ein für eine aktive Friedensbewegung, die langfristig und strategisch denkt, aber auch schnell und dabei demokratisch abgestimmt handelt.

für den

Mitwirkende

der Kooperation für den Frieden können Organisationen, Netzwerke und Initiativen werden, nicht aber Parteien.

Arbeitsweise

Für die kontinuierliche Arbeit trifft sich alle zwei Monate der Kooperationsrat mit etwa 10 gewählten Mitgliedern aus verschiedenen Organisationen. Die Entscheidungsfindung erfolgt im Konsens. Wenn es die Arbeit erfordert, können Gremien eingerichtet werden.

Die Mitwirkenden wählen während der jährlichen Vollversammlung drei SprecherInnen. Diese vertreten die Empfehlungen und Beschlüsse nach außen und innen. Sie entscheiden bei Bedarf kurzfristig im Konsens.

Einmal im Jahr findet eine Strategiekonferenz statt.

Finanzierung

Es gibt keine verbindlichen Mitgliedsbeiträge. Jedes Mitglied trägt die ihm durch die Mitarbeit entstehenden Kosten selbst. Für konkrete Aktionen wird ein eigener Finanzplan und eine für die Verwaltung der Finanzen verantwortliche Organisation bestimmt.





Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden & Entwicklung

Wann:

19. / 20. Februar 2011

Wo:

ver.di – Höfe
Goseriede 10
30159 Hannover

Träger:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Kooperation für den Frieden
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.

**Mit
Unterstützung
von:**

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK
Stiftung Friedensbewegung
Humanistische Union vereinigt mit Gustav-Heinemann-Initiative

„Stoppt den Krieg in Afghanistan-Perspektiven für Frieden und Entwicklung“ ...

... so lautet das Motto einer eher ungewöhnlichen Konferenz zur deutschen Afghanistanpolitik. Personen und Organisationen aus der Friedensbewegung und dem entwicklungspolitischen Zusammenschluss VENRO haben den Dialog der beiden unterschiedlichen Perspektiven gestartet. Das Unbehagen an der Lage in Afghanistan und das Bestreben mit den je eigenen Kompetenzen zu einer Verbesserung beizutragen, motiviert diese Gruppen zur Zusammenarbeit. Dem unkoordinierten Nebeneinander der offiziellen Politik stellen sie Dialog und konkrete Schritte der Zusammenarbeit entgegen. Auf der Konferenz in Hannover wollen sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten für eine friedliche Lösung in Afghanistan kontrovers diskutieren. Danach sind Kooperationen und gemeinsame Aktionen auf der Basis der Gemeinsamkeiten geplant.

Veranstalter der Konferenz sind der „Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.“ - VENRO, die fünfzig in der „Kooperation für den Frieden“ zusammengeschlossenen Gruppen und Initiativen sowie der „Bundesausschuss Friedensratschlag“, der vor allem Basisinitiativen der Friedensbewegung vertritt.

In einem Diskussionspapier zur Konferenz wird „Vorrang für zivil“ und als ersten Schritt das Ende aller Kampfhandlungen gefordert, um einen Dialog über eine umfassende Friedenslösung einzuleiten, die den Abzug der internationalen Truppen beinhaltet. Zivile selbstbestimmte Strukturen in Afghanistan sollen demnach unterstützt werden. Eine militärisch zivile Zusammenarbeit wird abgelehnt und eine nachhaltige Friedenspolitik wird angemahnt. Die Ursachen von Hunger, Armut, Gewalt und Unterentwicklung müssten beseitigt werden, um die existenziellen Bedürfnisse der Menschen zu sichern. Entwicklung gelingt nicht durch das Überstülpen fremder westlicher Lebens- Kultur- und Wirtschaftsweisen auf andere Länder.

Nach einer Analyse der Lage in Afghanistan aus entwicklungspolitischer und friedenspolitischer Perspektive geht es bei der Arbeitskonferenz um Wege zur Beendigung des Krieges, um Knackpunkte einer zivilen Afghanistanpolitik und das Herausarbeiten gemeinsamer Positionen und Empfehlungen.

Die Träger erwarten von der Konferenz eine Intensivierung ihrer Informationsträgheit über die Probleme des Krieges in Afghanistan und damit Beiträge zu dessen baldiger Beendigung.

Programm

Samstag, 19. Februar 2011

11.00 – 13.00 Uhr

A – Auftakt - Afghanistan aus verschiedenen Perspektiven

Einführung: Analyse der Lage in Afghanistan aus entwicklungspolitischer und friedenspolitischer Sicht

Redner:

Thomas Gebauer (medico international)

Podiumsdiskussion:

- Renke Brahms (Beauftragter des Rates der EKD für Friedensarbeit)
- Reiner Braun (IALANA / Kooperation für den Frieden)
- Ute Finckh (Plattform Zivile Konfliktbearbeitung)
- Monika Hauser (medica mondiale / VENRO)

14.30 – 18.00 Uhr

B – Den Krieg in Afghanistan beenden!

14:30 – 15:15 Uhr

Vernetzte Sicherheit: Vortrag mit anschließender Kommentierung aus Entwicklungszusammenarbeit und Friedensbewegung

Vortrag:

Jochen Hippler (Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg)

Kommentierung:

- Robert Lindner (VENRO)
- Matthias Jochheim (IPPNW)

15:20 – 16:00 Uhr

Militärische Intervention zum Schutz von Menschenrechten: Streitgespräch

Mit:

- Werner Ruf (Bundesausschuss Friedensratschlag / Rosa-Luxemburg-Stiftung)
- Herbert Wulf (Zeitschrift Wissenschaft und Frieden)

16:00 – 16:30 Uhr

Pause

16:30 – 18:00 Uhr

Legitimation ziviler Auslandseinsätze: Podiumsdiskussion

Mit:

- Erhard Crome (Bundesausschuss Friedensratschlag)
- Otto Jäckel (IALANA)
- Jürgen Lieser (VENRO)

Moderation:

- Werner Koep-Kerstin (HU/GHI)
- Monty Schädel (DFG-VK)

19:30 – 21:00 Uhr

C – Wie wird in Deutschland mit Afghanistan Politik gemacht?

Talkrunde mit Politik und Medien

Mit:

- Andrea Böhm (Die Zeit)
- Stephan Hebel (Frankfurter Rundschau)
- Thomas Ruttig (Afghanistan Analysts Network)

Moderation:

Reiner Braun

Im Anschluss: Zeit für Gespräche und Getränke

Sonntag, 20. Februar 2011

Knackpunkte einer zivilen Afghanistanpolitik aus Sicht der Entwicklungsarbeit und der Friedensbewegung

Dieser abschließende Vormittag dient der Verständigung untereinander mit Blick auf künftige strategische Kooperationen.

9:30 Uhr

Einführung in den Tag

- Christine Hoffmann (pax christi)
- Thomas Gebauer

9:45 Uhr

Arbeitsgruppen zu drei zentralen Themen.

Die AG's werden durch zwei inhaltliche Inputs aus dem jeweiligen Blickwinkel von Entwicklungsarbeit (EZ) und Friedensbewegung (FB) eingeleitet. Jede AG wird moderiert und eine Berichterstatler/in beobachtet und trägt später im Plenum die Ergebnisse vor. **Die AG's werden doppelt angeboten.**

Auftrag an die AG's

Die Inputs werden diskutiert mit den Zielen:

- Gemeinsame Positionen
- Gemeinsame Empfehlungen
- Weiter zu diskutierende Knackpunkte
- Mögliche strategische Kooperationen

9:45 – 11:15 Uhr

Arbeitsgruppen

AG 1 und 2:

Frauenrechte, Justizreform und Gerechtigkeit

Wider die Straflosigkeit und die Instrumentalisierung von Frauenrechten und politische Kultur und Strategien / Demokratie

- Bele Grau (medica mondiale)
- Jessica Mosbahi (medica mondiale)
- Christine Hoffmann
- Ute Finckh (Plattform Zivile Konfliktbearbeitung)

AG 3 und 4:

Verhandeln mit allen Konfliktparteien

Regionale Waffenstillstände und zivilgesellschaftliche Partner/innen aus und in Afghanistan

- Cornelia Brinkmann (ZFD)
- Thomas Rüttig
- Omar Steinbicker (Kooperation für den Frieden)
- Andreas Buro (Komitee für Grundrechte und Demokratie)

AG 5 und 6:

Armut überwinden und ökonomischer Aufbau

Alternativen zur Drogenwirtschaft – wirtschaftlicher Aufbau von Afghanistan

- Timo Christians (Welthungerhilfe, angefragt)
- Hermann Rupp (Miseror)
- Helmut Asche (Forum internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung, Universität Leipzig, angefragt)
- Uwe Wötzel (ver.di Bundesverwaltung)

Pause

11:15 – 11:30 Uhr

11:30 – 13:00 Uhr

Zukünftige Kooperationen (Plenum)

Berichte aus den Arbeitsgruppen und Diskussion

13:00 – 13:15 Uhr

Redner:

Bodo von Borries (VENRO)

Organisatorische Hinweise

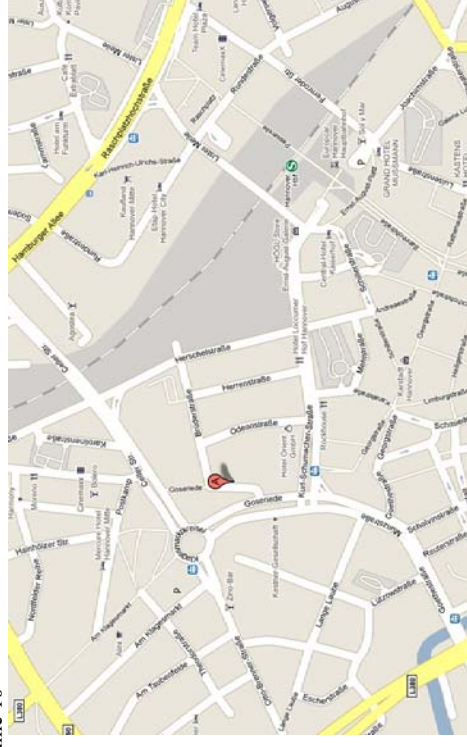
Veranstaltungsort:



Veranstaltungs- und Tagungsbereich
ROTATION
Goseriede 10
30159 Hannover

Tel.: 0511 – 12 400 509
www.verdihoefe.de

Station Steintor Linie 10 Station Steintor, Linien 134, 310, 320, 700, 500



Ansprechpartner

Reiner Braun / Lucas Wirt

IALANA

Schützenstr 6a

10117 Berlin.

Tel.: +49 30 212 340 56

Fax: +49 30 212 340 57

Email: info@ialana.de

Bitte organisiert Eure Übernachtung selbst! **Hotelunterkünfte** in Hannover unter:
www.hannover.de/de/tourismus/Hotels_Unterkunft/

Unkostenbeitrag: EUR 20,- / ermäßigt 5,-

Bitte mit dem Stichwort: „**VENRO FB**“ auf folgendes Konto überweisen:

IALANA

Konto-Nr.: 1000 668 083

BLZ: 533 500 00

Für ökologische **Verpflegung** vor Ort wird gesorgt.

Anmeldung bitte per Email an: kongress@ialana.de, **Stichwort: VENRO FB.**

Diskussionspapier: Perspektiven für Frieden und Entwicklung in Afghanistan

Vereinbart im März 2010

Wir, Organisationen aus der Entwicklungspolitik, der Friedensbewegung, den Kirchen und den Gewerkschaften, haben mit Blick auf den Krieg in Afghanistan einen intensiven Dialog begonnen. Dabei wurde deutlich, dass uns vieles eint. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Politische Probleme verlangen nach politischen Antworten.

Unter dem Motto: „Vorrang für zivile“ fordern wir ein Ende des Krieges in Afghanistan und ein deutliches Zeichen für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung. „Vorrang für zivil“ bedeutet einen strukturellen, personellen und finanziellen Vorrang ziviler Instrumente und Akteure. Ein neues Mandat der Vereinten Nationen ist notwendig, das gleichermaßen zur Reduzierung von Gewalt, Ungerechtigkeit und Not beiträgt und dadurch die universellen Menschenrechte zu sichern vermag. Die Vereinten Nationen müssen, wie in der UN-Charta vorgesehen, die Verantwortung für den Frieden und die internationale Sicherheit in der Region übernehmen.

- Der erste Schritt ist das sofortige Ende aller Kampfhandlungen und somit eine Gewaltreduktion in Afghanistan, als Basis um einen Dialog über eine umfassende Friedenslösung, die den Abzug der internationalen Truppen beinhaltet, einzuleiten. Auch ein einseitiger Waffenstillstand, der lokal und regional beginnt, kann Raum für eine nachhaltige Konfliktbearbeitung schaffen. Bei einem so im Land eingeleiteten Friedensprozess kann auch z.B. der Jirga eine wichtige Rolle zukommen, wenn dafür Sorge getragen wird, dass alle Bevölkerungsgruppen dort vertreten sind und Mitspracherecht erhalten.
- Wir unterstützen zivile selbstbestimmte Strukturen in Afghanistan. Eine maßgebliche Partizipation der gesamten Bevölkerung ist eine wichtige Voraussetzung für einen friedlichen Entwicklungsweg. Hierbei müssen auch Frauengruppen aktiv einbezogen und gezielt unterstützt werden.
- Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind keine Instrumente der militärischen Aufstandsbekämpfung. Deswegen lehnen wir eine militärisch-zivile Zusammenarbeit ab, die die Unterordnung des zivilen Sektors unter das Militär bedeutet. Hilfsorganisationen sind unabhängige Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe und dürfen durch militärisch-zivile Kooperationen weder in Kriegshandlungen hineingezogen werden, noch durch die Konditionierung von staatlichen Hilfgeldern im Gegenzug für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr in ihrer Unabhängigkeit eingeschränkt oder gefährdet werden.
- Wir wenden uns gegen den politischen Missbrauch von Begriffen wie Frauenrechte / Menschenrechte, menschliche Sicherheit, Responsibility to Protect für die ideologische Absicherung von militärischen Interventionen und Kriegen. Unsere Zusammenarbeit soll daher auch zur Wiederaneignung der humanitären und politischen Begriffe (z.B. Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit) beitragen.
- Friedenspolitik verlangt Nachhaltigkeit. Wir unterstreichen die Zielsetzung, dass die Ursachen von Hunger, Armut, Gewalt und Unterentwicklung beseitigt werden müssen, um die existenziellen Bedürfnisse der Menschen zu sichern. Entwicklung gelingt nicht durch das Überstülpen fremder westlicher Lebens-, Kultur- und

Wirtschaftsweisen auf andere Länder. Ein nachhaltiger Friedensprozess muss im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stattfinden, da diese universell, unveräußerlich und unteilbar sind. Nur selber und gemeinsam können afghanische Frauen und Männer diesen Prozess tragen und gestalten.

- Frieden in Afghanistan erfordert ein regionales Friedens- und Sicherheitskonzept, das die Nachbarn des leidgeprüften Landes in einen dem KSZE-Prozess vergleichbaren politischen Prozess einbezieht.
- Wir sehen uns in einer besonderen Verantwortung für die Menschen, die aus dem Krieg in Afghanistan geflohen sind. Deshalb fordern wir den Stopp der unsäglichen Abschiebepaxis und ein menschenwürdiges Aufenthaltsrecht.

Dieses Diskussionspapier bedarf einer weiteren Reflektion in den Zusammenhängen der Friedensbewegung und der entwicklungspolitischen Gruppen sowie einer gemeinsamen Weiterentwicklung in geeigneten Foren. Dazu soll auch diese Konferenz beitragen.

8. Strategiekonferenz 2011 der Kooperation für den Frieden

Ihre Meinung ist uns wichtig. Was fanden Sie gut? Und was nicht? Bitte füllen Sie diesen Fragebogen aus und geben Sie ihn an der Anmeldung ab oder schicken Sie ihn an:

Kooperation für den Frieden, Römerstraße 88, 53111 Bonn, Fax: 0228 / 69 29 06

1. Wie wurden Sie auf die Konferenz aufmerksam?

E-Mail Tagungsflyer Ankündigung oder Beilage in einer Zeitschrift
Persönlicher Kontakt Tageszeitung Sonstiges: _____

2. Wie waren Sie mit der Organisation zufrieden?

Sehr zufrieden Zufrieden Unzufrieden Sehr unzufrieden

3. In welcher Arbeitsgruppe waren Sie und wie war Ihr Eindruck?

4. Welche ReferentInnen haben Ihnen gut gefallen und warum?

5. Was hat Ihnen besonders gefallen?

6. Hat die Veranstaltung Ihnen etwas gebracht?

Mehr Wissen Neue Erkenntnisse Wiedersehen mit alten Bekannten
Ermutigung Neue Kontakte Anregungen für die Weiterarbeit
Nichts Spaß Sonstiges: _____

7. Welcher Teil war Ihrer Meinung nach nicht so gut gelungen? Was fehlte? Haben Sie Verbesserungsvorschläge?

8. Vielen Dank!

Falls Sie mehr schreiben wollen, benutzen Sie bitte die Rückseite.